

There are no translations available.



Jemen verh<gt Ausnahmezustand

Es war der blutigste Tag der Proteste bislang: 50 Menschen starben, als Scharfsch<tzen gezielt in die Menge schossen. Pr<sident Saleh hat den Ausnahmezustand verh<gt.

Im Jemen ist am Nachmittag der Ausnahmezustand verk<ndet worden. Dies geht aus offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums hervor. Zuvor hatten Sicherheitskr<fte bei Zusammenst<Ben in der Hauptstadt Sanaa gezielt auf Demonstranten geschossen und 50 Menschen get<tet. Weitere 240 Personen wurden verletzt.

Es war der blutigste Tag, seitdem sich die Massenproteste gegen Saleh formiert hatten. Die Bewegung war von den Umst<rzen in Ägypten und Tunesien inspiriert worden. Sie begann am 11. Februar, dem Tag des erzwungenen R<cktritts des Ägyptischen Pr<sidenten Husni Mubarak.

Saleh regiert seit 32 Jahren <ber das verarmte Land im S<den der arabischen Halbinsel. Bis zum Freitag waren bereits rund 30 Demonstranten von Sicherheitskr<ften und bewaffneten Regimeanh<ngern get<tet worden - Hunderte weitere Menschen wurden verletzt.

Deutsche fl<r Milit<rschlag

Ungew<hnlich schnelle internationale Intervention in Libyen: Schon kurz nach dem Pariser Krisengipfel griffen die ersten franz<sischen Kampfflugzeuge Gaddafis Truppen an.

Die Mehrheit der Deutschen unterst<tzt den Milit<reinsatz gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi, ist aber gegen eine Beteiligung der Bundeswehr. Nach einer repr<sentativen Emnid-Umfrage im Auftrag von Bild am Sonntag finden 62 Prozent einen Milit<rschlag richtig, 31 Prozent sind gegen die milit<rische Intervention. Gleichzeitig befr<worteten 65 Prozent, dass sich die Bundeswehr nicht an den Angriffen beteiligt, berichtete das Blatt. 29 Prozent sprechen sich demnach fl<r eine deutsche Mitwirkung aus.

Die USA haben Medienorganisationen nach dem Beginn der internationalen Militärfaktion gegen Libyen empfohlen, keine Journalisten mehr in das nordafrikanische Land zu entsenden oder dort zu belassen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums sagte in Washington weiter, alle US-Diplomaten hätten Libyen verlassen.

China hat die massiven Luftangriffe auf Libyen bedauert. Die Sprecherin des Außenministeriums in Peking, Jiang Yu, sagte: «China hat die jüngste Entwicklung in Libyen zur Kenntnis genommen und bedauert die Militärschläge gegen Libyen». China sei wie immer gegen den Einsatz von Gewalt in internationalen Beziehungen. Peking hoffe, dass die Stabilität in Libyen so bald wie möglich wieder hergestellt werden kann, damit weitere zivile Opfer vermieden würden, betonte Jiang Yu.

Nach den massiven Luftschlägen gegen Ziele in Libyen will sich das US-Verteidigungsministerium einen Überblick über das Ausmaß der Zerstörungen verschaffen. Vizeadmiral William Gortney sagte, das könne erst nach Tagesanbruch geschehen. US-Beamte sagten dem US-Fernsehsender Fox News, die Luftverteidigung des Regimes von Diktator Muammar al-Gaddafi sei schwer getroffen worden.

Bahrain in der Sackgasse

Auf dem Lulu-Platz im Herzen von Manama, wo am vergangenen Wochenende noch das Zeltlager der Demonstranten stand, pflügen Arbeiter jetzt mit Bulldozern und Baggern den Boden um. Nichts soll mehr an die Proteste und die Zusammenstöße erinnern, die sich auf dem Platz mit dem Perlenmonument in den vergangenen Wochen abgespielt haben: Aus, vorbei,

Die Situation erinnert an das, was im vergangenen Monat in Ägypten geschah, als ein harter Kern von «Revolutionären» nach Tagen der Gewalt erklärte: «Wir gehen erst nach Hause, wenn er (Präsident Husni Mubarak) geht.» Auch in Bahrain gibt es im Lager der Regimegegner inzwischen eine Gruppe meist jugendlicher Hardliner, die den Forderungskatalog der Opposition um einen Punkt erweitern wollen: König Hamad bin Issa al-Chalifa soll abdanken.

Quelle:NEWS.DE